

Wie Opposition in Feindbilder gegossen wird

Dawid Snowden · Veröffentlicht: 14.12.2025



„Hetzer“, „Neurechte“, „Antisemiten“, „Reichsbürger“, „Nazis“. Diese Begriffe dienen längst nicht mehr der Analyse. Sie sind Werkzeuge zur systematischen Ausgrenzung. Ihr Zweck ist es nicht, Verständnis zu fördern oder Widersprüche aufzudecken, sondern Menschen öffentlich zu stigmatisieren und sie damit gesellschaftlich zu isolieren. Wer das politische System offen infrage stellt, wird nicht mehr argumentativ entkräftet, sondern psychologisch aussortiert.

Es zählt nicht, was gesagt wird, sondern dass es gesagt wird. Der Inhalt rückt in den Hintergrund, sobald das Etikett klebt. Jede Herrschaftsform, die sich demokratisch oder freiheitlich nennt, aber zentralistisch organisiert ist, benötigt neue Formen der Kontrolle. An die Stelle physischer Gewalt tritt heute eine präzise ausgearbeitete Meinungsregulierung. Wo früher der Scheiterhaufen stand, stehen heute die Fakten-Checker, Kommentarspalten und Nachrichtenportale. Wer Missstände benennt, wird nicht geprüft, sondern gebrandmarkt.

Wer Informationen veröffentlicht, wird nicht gehört, sondern als Bedrohung behandelt. Und wer sich dem offiziellen Narrativ widersetzt, wird automatisch in eine Rolle gedrängt, die ihn entwertet und delegitimiert. Früher reichte ein falsches Wort zur falschen Zeit, heute genügt ein kritischer Satz in einem sozialen Netzwerk. Der Übergang vom Bürger zum öffentlichen Feind ist fließend, aber er folgt einer festen Logik. Zuerst entsteht ein Verdacht, dann wird ein Etikett vergeben, das schließlich in einem Urteil mündet.

Dieses Urteil wiederum führt zur vollständigen gesellschaftlichen Ächtung. Wer das System irritiert, wird nicht widerlegt, sondern sprachlich neu definiert. Aus einem besorgten Bürger wird ein sogenannter Nazi. Aus einem Aufklärer ein Extremist. Aus einem Mahner ein Sicherheitsrisiko. Bereits die Weigerung, eine staatlich verordnete Rundfunk-Zwangsabgabe zu bezahlen, reicht aus, um als Demokratiefeind abgestempelt zu werden. Vergleichbar mit einer Frau, die sich nicht länger vom Zuhälter missbrauchen lässt und Schläge kassiert.

In dieser politischen Ordnung ist Kritik nur dann erlaubt, wenn sie die offizielle Ideologie bestätigt. Jede Form der Abweichung wird nicht inhaltlich geprüft, sondern moralisch sanktioniert. Das eigentliche Ziel besteht nicht darin, eine Debatte zu führen, sondern sie im Vorfeld unmöglich zu machen. Medienhäuser, politische Institutionen und Strafverfolgungsbehörden bilden gemeinsam ein Kartell, das die öffentliche Meinung nicht mehr spiegelt, sondern kontrolliert. Sie widerlegen nicht, sie bekämpfen.

Es zählt nicht mehr das Argument, sondern die Position, die jemand einnimmt. Wer einmal als Gegner markiert wurde, verliert seine Stimme. Selbst differenzierte Analysen werden bedeutungslos, sobald der Absender als ideologisch verdächtig gilt. Ein prägnantes Beispiel dafür waren die Montagsdemos vergangener Jahre. Diese Versammlungen boten offene Räume für freie Rede. Menschen unterschiedlichster Herkunft und Weltanschauung konnten dort sprechen, ohne zensiert zu werden. Doch sobald die öffentlich-rechtlichen Medien begannen, diese Veranstaltungen einseitig als „rechts“ zu framen, änderte sich die öffentliche Wahrnehmung.

Aus einer Bürgerbewegung wurde eine potenzielle Bedrohung. Offene Mikrofone wurden zum Risiko erklärt, freie Rede zur Sicherheitslücke. Statt Diskussion folgten Überwachung, statt Meinungsfreiheit polizeiliche Kontrolle und gewalttätige Übergriffe! Heute ist das Recht auf freie Meinungsäußerung nur noch eine theoretische Hülle.

Wer eigenständig denkt, gerät ins Visier. Wer laut ausspricht, was er denkt, riskiert berufliche Konsequenzen, soziale Isolation, polizeiliche Ermittlungen und in manchen Fällen sogar körperliche Repression bis hin zum Kindesentzug.

Die Wahrheit gilt als gefährlich, weil sie die Machtverhältnisse infrage stellt. Systeme, die auf Unwahrheit beruhen, können mit aufrichtiger Rede nicht koexistieren. Deshalb wird nicht die Lüge bekämpft, sondern derjenige, der sie aufdeckt. Trotz aller Versuche bleibt die Wahrheit jedoch unauslöschlich. Sie kann unterdrückt, verzerrt und verurteilt werden, aber sie verschwindet nicht. Je offenkundiger die Repression, desto größer die innere Spannung in der Gesellschaft. Je aggressiver die Differenzierung, desto stärker wächst das Misstrauen. Wer heute schweigt, wird morgen feststellen, dass es für seine Gedanken keine öffentlichen Räume mehr gibt.

In der Zwischenzeit werden die großen Medienplattformen weiterhin ihre Kampagnen verbreiten. Sie tun dies mit dem Geld jener, die sie diffamieren. Es handelt sich um eine Zwangsfinanzierung ideologischer Indoktrination, getarnt als demokratische Medienabgabe. Je länger dieses Modell aufrechterhalten wird, desto tiefer verankert sich die Entmündigung im Denken der Bevölkerung. Was notwendig ist, ist keine Reform kosmetischer Natur.

Was notwendig ist, sind offene Räume für echte Debatten. Es braucht Orte, an denen Menschen ohne Angst sprechen können. Mikrofone, die nicht nur den vorselektierten Stimmen gehören. Und somit ein Ende der moralischen Ausschlussmechanismen, die jede kritische Abweichung zur Gefahr erklären. Wer Angst vor freier Rede hat, fürchtet nicht den Hass. Er fürchtet die Wahrheit, weil sie seine Macht in Frage stellt. Und wer abweichende Meinungen kriminalisiert, schützt nicht die Freiheit, sondern arbeitet an der schrittweisen Auflösung.

Widerstand gegen diesen Zustand ist keine bloße Reaktion. Er ist Ausdruck von Verantwortung. Wer erkennt, aber schweigt, macht sich mitschuldig. Wer sich unterwirft, obwohl er Zweifel hat, wird zum Instrument eines Systems, das ihn am Ende ebenfalls verbrauchen wird. Der Weg zurück zur Freiheit wird kein leichter sein. Doch die Alternative zur Veränderung ist nicht Stabilität, sondern Zerfall. Jedes politische System, das sich gegen die Wahrheit immunisiert, verliert am Ende seine Legitimation und bricht zusammen.

Die Journalisten, die sich heute als vierte Gewalt verstehen, haben ihre Aufgabe längst verraten. Sie informieren nicht, sie manipulieren. Sie kontrollieren nicht die Macht, sie dienen ihr. Sie leben vom Verrat an der Wahrheit, am Souverän und an der Aufklärung. Und sie tun es, weil sie dafür bezahlt werden. Bezahlt mit dem Geld derer, die sie tagtäglich verraten. Deshalb muss die Konsequenz klar sein. Wer sich nicht länger belügen lassen will, darf dieses System nicht weiter füttern.

Entzieht diesen Institutionen eure Zustimmung, eure Aufmerksamkeit und euer Geld. Holt euch zurück, was euch gehört: das Recht, euer Leben selbst zu gestalten. Nicht als kontrollierbare Datenmenge, sondern als freier Mensch. Nicht als verwaltete Ressource, sondern als souveräne Persönlichkeit. Jeder Mensch kann ein Zeichen setzen. Jeder kann den Anfang machen. Veränderung beginnt nicht irgendwann.

Sie beginnt genau jetzt.